



2022/41 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2022/41/schrei-nach-macht>

Von der Ditib-Zentralmoschee in Köln aus könnte bald Erdoğan's Muezzin rufen

Schrei nach Macht

Kommentar Von **Alex Feuerherdt**

Die Stadt Köln wird den Antrag der Ditib, den Muezzin zum Gebet in ihrer Zentralmoschee rufen zu lassen, wohl genehmigen. Ein falsches Signal, denn die Ditib untersteht dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan. Ihr geht es nicht um Religionsfreiheit, sondern um eine politische Machtdemonstration.

Vor einem Jahr erklärte die Stadt Köln, dass Moscheegemeinden beantragen können, ihre Gläubigen vom Muezzin über Lautsprecher zum Freitagsgebet rufen zu lassen. Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (Ditib) stellte daraufhin einen entsprechenden Antrag, der nun voraussichtlich in Bälde genehmigt werden wird. Ab Mitte Oktober dürfte dann der Muezzin jeden Freitag im Zeitraum zwischen zwölf und 15 Uhr einmal für maximal fünf Minuten zum Gebet in der Ditib-Zentralmoschee im Stadtteil Ehrenfeld rufen. Zu den Auflagen gehört auch, dass die Ditib mit einem Flugblatt die Anwohnerinnen und Anwohner informieren und eine Ansprechperson benennen muss, die Fragen beantworten und Beschwerden entgegennehmen kann.

Das Projekt ist zunächst auf eine Dauer von zwei Jahren angelegt. Die parteilose Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker befürwortet es, auch die katholische Kirche hat sich für den Muezzin-Ruf eingesetzt. Das überrascht nicht, schließlich hätte sie wie die Glaubenskonkurrenz gerne, dass Religion wieder mehr öffentlichen Raum einnimmt. Es gibt jedoch auch Kritiker, und damit sind nicht die Muslimhasser von der AfD gemeint, sondern jene, die den Muezzin-Ruf zur Ditib-Moschee nicht in erster Linie als Ausdruck von Religionsfreiheit betrachten, sondern vor allem als problematischen politischen Akt.

Zu ihnen gehört die ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Lale Akgün. »Die Ditib-Moschee ist inzwischen ein Symbol für den politischen Islam, eine politische Institution mit Gebetsmöglichkeiten«, schrieb die säkular gesinnte Muslimin bereits vergangenes Jahr auf Facebook. Die Erlaubnis, den Muezzin zum Gebet rufen zu lassen, stelle »einen Knicks vor dem politischen Treiben Erdoğan's« dar, »auch in Deutschland«. Der Muezzin-Ruf sei, sagte Akgün vergangene Woche dem Deutschlandfunk, kein rein religiöser Akt, sondern eine »Demonstration des politischen Islam in Köln«.

Damit hat Akgün recht. Denn die Ditib steht unter der Leitung, Kontrolle und Aufsicht des Präsidiums für religiöse Angelegenheiten der Türkei, das direkt dem Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan unterstellt ist, der dadurch Einfluss auf ihre Politik nimmt. Zur Einweihung der Kölner

Zentralmoschee im September 2018 erschien Erdoğan sogar persönlich.

Auch der Publizist Ahmad Mansour ist überzeugt, dass es beim Muezzin-Ruf nicht in erster Linie um die Freiheit der Religionsausübung geht, »sondern darum, eine bestimmte Richtung des Islam öffentlich sichtbar zu machen und daraus politisches Kapital zu schlagen«. Zudem sei es »bemerkenswert, wenn ausgerechnet türkeinahe Islamverbände wie die Ditib beim Muezzin-Ruf auf Toleranz und Religionsfreiheit pochen, dieselbe Toleranz aber in anderen Fragen der Vielfalt, wenn es etwa um Homosexualität geht, nicht aufbringen«.

Mitte Oktober vergangenen Jahres demonstrierten Mitglieder und Unterstützerinnen des Zentralrats der Ex-Muslime vor der Ditib-Zentralmoschee gegen den Muezzin-Ruf. Auch sie sahen in ihm eine Demonstration des politischen Islam, darüber hinaus betonten sie, ein öffentlicher Muezzin-Ruf in Köln würde sie an ihre Unterdrückung in der Vergangenheit erinnern und retraumatisieren. Akgün ist sich außerdem sicher, dass die Mehrheit der muslimischen Gemeinschaft in Köln ebenfalls keinen Muezzin-Ruf wünscht. Doch einmal mehr kommt die Stadt den Wünschen der Ditib nach - und setzt damit das falsche politische Signal.